

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen ausgenommen. Der Preis beträgt für den Jahrgang von 48 Hefen 4 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung monatlich 2 Mark, bei Vorbestellung ohne Nachzahlung vierteljährlich 5 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung halbjährlich 10 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung jährlich 20 Mark 20 Pf. Die „Freiheit“ ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Verleger: Kurt Roden 1918, Schiffsbauersdamm 19, Berlin. Druck: Kurt Roden 1918, Schiffsbauersdamm 19, Berlin.

Die „Freiheit“ ist ein politisches Organ der Sozialdemokratie. Der Preis beträgt für den Jahrgang von 48 Hefen 4 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung monatlich 2 Mark, bei Vorbestellung ohne Nachzahlung vierteljährlich 5 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung halbjährlich 10 Mark 20 Pf., bei Vorbestellung ohne Nachzahlung jährlich 20 Mark 20 Pf. Die „Freiheit“ ist in allen Buchhandlungen und Postämtern zu beziehen. Verleger: Kurt Roden 1918, Schiffsbauersdamm 19, Berlin. Druck: Kurt Roden 1918, Schiffsbauersdamm 19, Berlin.

Die Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Donnerstag, den 20. Februar 1919

Nummer 92

Der alte Militarismus lebt!

Das neue Heer.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ teilt mit, daß „die Notwendigkeit der Schaffung eines angemessenen starken Heeres zwecks Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in Europa und, falls es notwendig werden sollte, zur Abwehr polnischer und bolschewistischer Verheerung deutscher Gebiete“ in der Nationalversammlung immer mehr erkannt wird. „Daß es sich hierbei um eine außerordentlich dringliche Angelegenheit von außerordentlicher Bedeutung handelt, wird nicht nur bei den Parteien der Rechten, sondern auch im Regierungsbüro anerkannt. Soweit herrscht also vollständige Übereinstimmung, abgesehen von der unabhängigen Sozialdemokratie, wenn sich auch bei den Einzelheiten (Vorgesetztenverhältnis, Disziplin usw.) noch erhebliche Meinungsverschiedenheiten ergeben dürften.“

Wie das Blatt weiter erzählt, hat das Reichswehrministerium bereits einen Gesetzentwurf betreffs Bildung eines künftigen Heeres fertiggestellt. Es besteht die Absicht, in dieser Frage eine Verständigung mit den rechtsstehenden Parteien herbeizuführen.

Der Gesetzentwurf sieht eine Stärke von 150 000 bis 175 000 Mann vor, ohne die Offiziere, Unteroffiziere und militärischen Beamten. Von einem Einstellungszwang soll zunächst abgesehen werden, da man glaubt, durch eine solche Werbung die nötigen Mannschaften zu bekommen. In diesen neu zu bildenden Formationen sollen die Vorgesetzten ernannt werden, bisher schon erworbene Rechte bleiben bestehen, jedoch wird dem Kriegsminister bei etwa vorzunehmenden Wahlen die endgültige Entscheidung vorbehalten bleiben. Wie verlautet, soll dieser Gesetzentwurf ohne große Debatte von der Nationalversammlung erledigt werden.

Wir zweifeln nicht daran, daß dieser Entwurf die freudige Zustimmung aller Reaktionen finden wird. Ihre kühnsten Hoffnungen sollen erfüllt werden. Alle Organisationsarbeiten der Revolution werden beilegt und die Freiwilligengarden legalisiert, mit denen sich der früh-fröhliche Krieg gegen den inneren Feind so schön führen läßt.

Selbstverständlich muß der Entwurf „ohne große Debatte“ erledigt werden, könnten doch sonst die bösen Unabhängigen den rechtssozialistischen Arbeitern begrifflich machen, daß damit ihren Ansprüchen das Geab geschaufelt werden soll.

Freigabe der Geistesfreiheit.

Der Ansbundel um die Neubildung der preussischen Regierung hat bereits begonnen, und es ist kaum mehr ein Zweifel möglich, daß die Rechtssozialisten auch in Preußen das Zentrum in die Regierung aufnehmen wollen.

Ist es schon im Reich nicht zu verantworten, daß man den Militaristen wieder zur Macht verhilft, so gehört die ganze politische Grundlosigkeit der rechtssozialistischen Führer dazu, nun auch in Preußen dem Zentrum wieder in den Sattel zu helfen.

Es muß immer wieder gesagt werden, daß dazu gar keine Notigung besteht, daß es nur die entsetzliche Feigheit der Rechtssozialisten, ihre schamvolle Angst vor jeder bürgerlichen Opposition ist, die sie zu dem Bund mit der klerikalen Reaktion treibt.

Der Eintritt der Militaristen in die Regierung bedeutet selbstverständlich, daß auf dem Gebiet der Kulturpolitik, der Schule und Kirche nichts Wesentliches geschehen kann. Im besten Fall werden ein paar bescheidene soziale Reformen herauskommen. Das Entscheidende aber, die geistige Umwälzung unseres ganzen Lebens, die Zurückdrängung des überwiegenden kirchlichen Einflusses wird nicht erfolgen, von der Trennung der Kirche vom Staate erst gar nicht zu reden. Und das in einem Lande, wo die Befreiung des Geistes bei der entsetzlichen Gebundenheit des Denkens dringender ist als in jedem

anderen, um endlich auch die geistigen und kostvollen Vorkämpfer für ein Leben in Freiheit und Gleichheit zu schaffen!

Aber den erbärmlichen Parteibureauführern ist das alles ja fürchtbar gleichgültig. Sie rechnen aus, daß sie in ihrem Parlament dafür so viel Dugend Stimmen mehr bekommen, daß ihre Regierung dadurch umso gefestigter ist und alles andere, kulturelle, wie politische und sozialistische Ideale sind ihnen Nebensache. Und die deutsche Arbeiterchaft, von der die Erneuerung des deutschen Geistes auszugehen sollte, sieht zu einem großen Teile dem parlamentarischen Schachergeschäfte ruhig zu und will noch immer nicht erkennen, daß es die Ideale sind, deren Erfüllung ihre historische Mission ist, die verhöhrt werden.

Der Quell der Verbitterung.

Der „Vorwärts“ geht von juristischer Seite eine Rechtfertigung des Verhaltens der Regierung im Falle Liebknecht-Lugenburg zu, die selbst von der schmerzlichen Bemerkung entlastet, „daß Besse an ihr sei, daß die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.“ Damit verurteilt selbst der „Vorwärts“ die formalistischen und formalistischen Gründe dieser Zuschrift, obwohl er den Fall Liebknecht-Lugenburg nach seinen eigenen Worten besonders bedauert aufgeführt wissen will, weil er „ein Quell der Verbitterung und Verwirrung“ bleibe, „solange es nicht gelungen ist, ihn rechtlich aufzuklären und die Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen.“

„In es beim „Vorwärts“ nicht das Rechtgefühl, das ihn veranlaßt, für die Festsetzung der Mörder einzustreten, sondern der Wunsch, diesen „Quell der Verbitterung und Verwirrung“ zu beseitigen, so ist es auch bei der Regierung nicht das Rechtgefühl, wenn sie gegen die Mörder nicht vorgeht. Sie darf es nicht wagen, gegen diese Säulen ihres Herrschafts etwas zu unternehmen, was die Wahrheit gerichtlich bestätigen würde.“

Deshalb werden wir wohl auch vergeblich darauf warten, daß man durch die Erhebung der Mordfrage gegen uns die Möglichkeit schafft, die Mörder vor einem bürgerlichen Gericht zu entlarven.

Die Kämpfe im Ruhrgebiet.

Die Streikflotte im Ruhrgebiet ist noch unverändert. Die Regierung hat dem Kommandeur des VII. Armeekorps alle Vollmachten erteilt, um die revolutionäre Bewegung endgültig niederzuschlagen. Da die revolutionäre Arbeiterchaft des Ruhrgebiets großen Anhang besitzt und stark bewaffnet ist, hat die Regierung dem Generalkommando ein großes Truppenangebot zur Verfügung gestellt. Die Truppen sind noch im Anrollen. Der entscheidende Kampf wird also erst in einigen Tagen beginnen, wenn der Aufmarsch vollzogen ist.

Die Regierung hat auch die Absicht, gegen Düsseldorf vorzugehen, das für den Verb der ganzen Bewegung gehalten wird. In Düsseldorf in der neutralen Zone liegt und nach den Waffenstillstandsbedingungen dort nur Truppen in beschränkter Zahl gehalten werden dürfen, hat sich die Regierung an den Marschall Koch gewendet, der ihr gestattet hat, größere Truppenmengen nach Düsseldorf zu senden, „um der spartakistischen Umtriebe Herr zu werden“. Jedoch muß die Stärke dieser Truppen dem Marschall Koch vorher mitgeteilt werden.

Begnadigung zum — Schützengraben.

In Reckitt und Regel schmachten noch immer Hunderte von Arbeitern, die sich an den revolutionären Kämpfen in der Januarwoche beteiligt haben. Die Proteste der Verteidiger gegen die menschenunwürdige Unterbringung und die schlechte Ernährung der Gefangenen verhallen in den Wind. Jetzt hat man sich endlich zu einer Art von Gnadenakt herbeigelassen. Man verurteilt die jugendlichen Sportklubmitglieder zu überlassen, sich für den Herendienst anwerben zu lassen und stellt ihnen dafür in Aussicht, daß sie dann freigegeben werden.

Die Begnadigung zum Schützengraben war eine der schmerzhaftesten Blüten des alten Regimes. Es macht den neuen Männern alle Ehre, daß sie auch in dieser Hinsicht den Fußstapfen ihrer Vorgänger folgen.

Gemeindliche Kulturpolitik.

Ein besonders reiches Weidungsfeld erschließt sich den Gemeindeverwaltungen auf dem Gebiete der Kulturpolitik. Und besonders werden da auch die kommunalen Körperschaften Groß-Berlins Gelegenheit zu legendreicher Tätigkeit finden. Die Mehrheiten, die hier bis dahin ausschlaggebend waren, hatten nicht übermäßig viel Verständnis für den Kulturhunger breiter Schichten des arbeitenden Volkes; das Wichtigste war ihnen, daß die Schichten des besitzenden Bürgertums Gelegenheit fanden, all ihre Bedürfnisse nach Bildung und Kunst — in der Regel recht bescheiden! — zu befriedigen; und wenn man schon im Prinzip nicht abgeneigt war, auch etwas im Interesse der breiten Massen zu unternehmen, so gebot doch nur allzu rasch immer wieder der bedrohte Geldbeutel der Bourgeoisie ein energisches Halt.

Anfänge zur Lösung der gemeindlichen Kulturaufgaben sind gemacht. Aber eben auch nur Anfänge. Ihr Ausmaß ist bringende Notwendigkeit.

In erster Linie wird es sich natürlich da um eine Um- und Ausgestaltung des ganzen Schulwesens handeln, vom Kindergarten angefangen, der ganz anders als heute eine Pflegstätte für die Kleinen des Volkes werden muß. Manches treffliche Wort wurde an dieser Stelle bereits über die Notwendigkeit einer durchgreifenden Schulreform gesagt. Vor allem sollte dahin gewirkt werden, daß die Schule von einer bloßen Lern- und Drillanstalt zu einer Arbeitgemeinschaft zwischen Lehrern und heranwachsenden Jüngern wird. Durch die Schaffung der Einheitschule ist jedem Begabten und Lernfreudigen die Möglichkeit gegeben, bis zu den höchsten Bildungshöhen aufzusteigen. Es wird aber auch dafür zu sorgen sein, daß der Ballast aller Unbegabten und Unfähigen von den höheren Lehranstalten ferngehalten wird, auch wenn das Vortomonnoie der Eltern noch so bereit ist, ein teures Eintrittsbillet zu bezahlen. Auf der anderen Seite wird es nicht genügen, den Tüchtigen die höheren Schulen zu öffnen. Es muß ihnen auch aus öffentlichen Mitteln im Falle der Bedürftigkeit ein Stipendium gewährt werden, das ihnen einen angemessenen Unterhalt und nötigenfalls eine Unterstützung ihrer Angehörigen ermöglicht. Und dies Stipendium darf keine Gnade sein, sondern muß eis Recht beansprucht werden können.

Aber auch denen, die nach Erlangung einer ausreichenden Allgemeinbildung in das werftätige Leben hinausgehen, muß in viel höherem Maße als heute Gelegenheit zur Fortbildung gegeben werden. Ausbau der Fortbildungsschule, so nötig er ist, genügt da noch nicht. Ueberall müssen Volkshochschulen eingerichtet werden: Nicht als Serien mehr oder weniger schöner Vorlesungen über irgendwelche Wissensgebiete, sondern in Gestalt von Zusammenkünften Lehrkundiger und Lernbegieriger, bei denen eine freie Aussprache und ein gemeinsames Forschen und Eindringen in den Stoff stattfindet. Die Gemeinden müssen hier möglichst rasch geeignete Lehrpersonen gewinnen, die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und die Kurse beginnen lassen. Am zweckmäßigsten zunächst über Fragen, die durch die politische Entwicklung der letzten Zeit besonders brennend geworden sind.

Recht traurig ist es in Groß-Berlin noch mit den Bibliotheken und mit dem Bibliothekswesen bestellt, obgleich die Bereitstellung guter Bibliotheken mit populär wissenschaftlicher und erzählender Natur sowie die Schaffung reich ausgestatteter Leseläden eine sehr wichtige Kultur Aufgabe der Gemeinden ist. In Berlin selbst liegen die Dinge noch am günstigsten. Die einzelnen städtischen Volksbibliotheken und Leserräume könnten zwar viel besser ausgestattet sein, und die Räumlichkeiten der Stadtbibliothek sind geradezu traurig. Aber hier ist doch wenigstens ein Anfang da, und der Ausbau der Stadtbibliothek ist in Angriff genommen. Ueberdies bietet die von Hugo Seimann gestiftete Bibliothek und Lesehalle eine gute Auswahl von Büchern, Zeitschriften und Zeitungen. Von den Gemeinden um Berlin herum unterhalten nur Schöneberg und Charlottenburg städtische Volksbibliotheken und Leseläden. In den zahlreichen anderen Gemeinden, und besonders den Arbeiterwohnorten,

*) Vergl. „Freiheit“ Nr. 88 vom 18. Februar 1918 oben.

regten vorläufigen Einrichtungen. Allenfalls gibt es hier und dort eine Schulbibliothek oder die Sammlung irgendeines gemeinnützigen Vereins, ganz unzulänglich in der Regel. Die Gemeindefürsorge in Berlin steht auch den Bewohnern der Vororte offen, aber sie ist für die meisten zu schlecht zu erreichen, da sie da keine große Bedeutung hat.

Hier muß mit größter Beschleunigung Wandel geschaffen werden. Jede Gemeinde muß eine Bibliothek einrichten, die wirklich den vorhandenen Bedürfnissen entspricht, mit mindestens einer Ausleihstelle auf je 50 000 bis 70 000 Einwohner. Auf jede solche Zahl von Bewohnern gehört dann auch ein geräumiges, angemessen ausgestattetes Lesezimmer mit einer reichen und geeigneten Auswahl politischer Tagesblätter aller Richtungen und aller wertvollen, weitere Kreise interessierenden Zeitschriften. Die dafür erforderlichen Aufwendungen sind nicht zu groß, doch sie sich nicht in den vorläufigen Folgen auf die Volksschulbildung beschränken lassen.

Fast alle größeren Gemeinden Deutschlands haben alljährlich einige hunderttausend Mark für die Besetzung der Theaterkunst aufgewandt. Berlin und die meisten Vorortgemeinden sparten sich solche Unkosten. Sie überließen die Verpflegung der Bevölkerung mit Bühnenkunst den beiden königlichen Theatern, privaten Geschäftsunternemern und den kleinen Volkstheatern. Die Bevölkerung Groß-Berlins darf aber Anspruch darauf erheben, daß auch ihre Gemeindevorstellungen etwas für das Theater tun. Damit allerdings ist es nicht gemacht, daß hier oder dort ein Stadttheater gebaut oder ein privates Unternehmen subventioniert wird. Die sozialistische Forderung muß sein, daß die Aufwendungen der Stadt den weniger bemittelten Kreisen der Bevölkerung ebenso wie den Wohlhabenden den Besuch guter Vorstellungen zu billigen Preisen auf allen Plätzen ermöglicht. Es muß eine Organisation des Theaterbesuchs geschaffen werden, die jedem das Recht gibt, wenn er Interesse hat, einige Mal in jedem Jahr die städtischen oder städtisch subventionierten Theatervorstellungen zu einem minimalen Einheitspreis für alle Plätze zu besuchen. Wie dies möglich ist, bemessen die freien Volkstheater. Ein tiefgehendes Bedürfnis nach gediegener Kunst bleibt in breiten Schichten der Bevölkerung heute unbefriedigt. Die Gemeinden werden bald etwas tun müssen, um hier Abhilfe zu schaffen.

Auch auf anderen Gebieten der Kunstpflege könnte noch manches getan werden. Wie viel ist möglich bei etwas gutem Willen und einigem Aufwand von Wissen, auch in das Leben der Entarteten, der hart um ihr Dasein kämpfenden etwas mehr Licht und Freude zu bringen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß die Erfüllung der Kulturaufgaben nur ein Teil des Programms ist, das eine sozialistische Mehrheit in der Gemeindevorstellung in Angriff nehmen muß und wird; manche andere Aufgabe mag noch wichtiger und dringender sein als die Einrichtung von Volkshochschulen oder die Schaffung von Volkstheatern der Kunst. Aber auch für diese müssen Mittel aufgebracht werden, und können Mittel gefordert werden, — selbstverständlich nicht von den Besitzlosen und Bedürftigen, aber von den Reichen und Wohlhabenden, vor allem den Nutznießern des Krieges.

Dah in diesem Sinne Gemeindepolitik getrieben wird, darüber haben am 23. Februar die Wähler und Wählerinnen Groß-Berlins zu entscheiden. An ihnen selbst liegt es, ob sie schließlich eine energiegeladene Kulturpolitik betreiben wollen oder nicht, — indem sie dazu mitwirken, daß entschieden sozialistische Mehrheiten in die Rathhäuser einzuziehen!

Aus der Weimarer Idylle.

Der wilhelminische General Maerker, den die „sozialistische“ Regierung nach Weimar befehligt hat, um mit seinen Gehilfen die Nationalversammlung zu schaffen, hat dem dortigen Soldatenrat mitgeteilt, daß er laut telegraphischer Aufforderung von Paris den Befehl habe, den Soldatenrat aufzulösen. Sämtliche Mitglieder des Soldatenrats mußten daraufhin ihre Tätigkeiten einstellen und, soweit sie beim Militär verbleiben wollten, Kommandos empfangen.

Angesichts solcher „sozialistischer“ Taten müssen auch dem künftigen Proletariat die Augen darüber aufgehen, daß die sozialistischen Führer die Arbeiterklasse um die Früchte der Revolution betrügen. Sie können keine Soldatenräte gebrauchen, weil sich diese nicht dazu verwenden lassen, im Interesse der Bourgeoisie die Arbeiter niederzuschlagen.

Wie aus Weimar gemeldet wird, wurde dort gestern vormittag das Mitglied des Arbeiterrates, Lindemann, von vier Kriminalbeamten verhaftet. Grund: Er steht in dem schon beschriebenen Verdacht, Führer der Weimarer U. S. P. zu sein und die Verbreitung von Flugblättern mit Aufträgen gegen die Nationalversammlung organisiert zu haben. Lindemann ist seit der Revolution in Weimar tätig und war von dem U. S. P. und S. P. dem dortigen Bezirksdirektor als Kontrolleur beigegeben.

Neue Pläne.

Es besteht alle Aussicht, daß wir in Deutschland an Stelle der abgelaufenen Diktatur ebenso viele Präsidenten erhalten. Das ist nötig, damit im Falle der Restauration die Plätze für die zurückkehrenden Monarchen freigehalten und nicht etwa unnötige Kompensationen entstehen. In der Zwischenzeit bedeuten in solche Präsidentenposten gute Versorgungsstellen für die betreffenden Parlamentarier. Zu tun haben sie zwar gar nichts, aber dafür werden sie um so öfter fotografiert werden, und es gibt manden, den das freut.

Es soll also auch Preußen einen Präsidenten erhalten, was ja schon deshalb nötig ist, damit es nicht hinter Sachsen und Linde-Detmold zurückbleibe. Bedenken bestehen nur insofern, als man die Konkurrenz zwischen dem Reichspräsidenten und dem preussischen fürchtet. Beide werden repräsentieren wollen, und es wäre möglich, daß der Herr

Silbekum zum Beispiel besser trifft, als Herr Eberl, und das würde zu Unstimmigkeiten führen können.

Um diese Gefahr dem deutschen Volk zu ersparen, wird auf die preussische Regierung ein Druck auszuüben versucht, auf die Präsidenten zu verzichten. Dafür soll aber ein Oberhaus geschaffen werden, um eine größere Stetigkeit in das Regierungssystem zu bringen! Die Sorge um die Stetigkeit ihres Regierungsbundes mit den bürgerlichen Parteien ist ja die Hauptfrage der Regierungssozialisten! Und das sind dieselben Leute, die jedes politische Recht der Arbeiterräte als Verrat an der gebilligten Demokratie auszusprechen wagen!

Von den Berliner Soldatenräten.

Die Mitglieder des Militärischen Ausschusses des Soldatenrates trafen am 18. Februar zu einer Beratung zusammen. Wollenhutz sprach zunächst über die Stellung der Garnison- und Korps-Soldatenräte. Nachdem aus der letzten Vollversammlung der Groß-Berliner Soldatenräte die militärischen Mitglieder des Soldatenrates zum Präsidium gewählt sind, haben auch diese den neu zu bildenden Garnisonratsrat zu wählen. Die Soldatenräte wünschen, bis zum Wiederanfang eines neuen Soldatenrats bzw. einer Sitzung bestehen zu bleiben. Dieser Antrag ist schon fast einstimmig die Bestätigung an. In der anschließenden Debatte wurde für Maßnahmen gegen die Bildung des freiwilligen Korps sowie gegen das parlamentarische Auftreten einzelner Regimentführer.

Der Vertreter der Kommandantur erklärte, daß der Hauptpreis für alle Militärpersonen, auch Offiziere, auf 10 Uhr abends festgesetzt ist. Alle Militärpersonen, welche sich später auf der Straße und in Cafés befinden, müssen sich durch Urkunden ausweisen. Die Versammlung fand ferner einstimmig auf dem Standpunkt, daß die von den Soldaten selbstgewählten bewährten Führer unbedingt beibehalten werden müssen.

Kritik der französischen Sozialisten.

Berlin, 18. Februar. „Dumonia“ vom 15. d. M. bezieht die Behandlung der russischen Kriegsgefangenen durch die Entente als einen Skandal. Die Entente wolle sie durch Entlassung durch alliierte Truppen über Budapest und Odessa heimzuführen. Hierzu schreibt das Blatt, der Temps vom 13. d. M. habe dieser Meinung hinzugefügt, es gebe das Gerücht, daß aus diesen Gefangenen von Entente-Offizieren eine neue Armee gegen die Bolschewiki gebildet werden solle. Dieser Plan der Entente verstöße gegen die feierliche Erklärung, daß man eine Gegenrevolution in Rußland nicht unterstützen wolle. Jetzt winge man diese unglücklichen Gefangenen zum Bürgerkrieg, da man Ententegefechten hierfür nicht zu benutzen wolle, wolle sich das Gerücht behaupten, so protestierte das Blatt energisch gegen diese Vorhaben, die sozialistischer Länder unwürdig sei. Die Russen müßten sofort in ihre Heimat entlassen werden.

Internationale Arbeitergesetzgebung.

Paris, 18. Februar. (Reutr.) Am 17. Februar wurde die Friedenskonferenz im Arbeitsministerium unter Vorsitz von Comperé am 17. Februar nachmittags die 9. Sitzung der Kommission für internationale Arbeitergesetzgebung abgehalten. Die Beratungen über das in dem befristeten Platte vorgelegene Verzeichnis für die Zusammenkünfte der jährlichen Konferenzen wurde fortgesetzt. Die Kommission stimmte dem britischen Vorschlag zu mit der auf belgischen Vorschlag angenommenen Abänderung, in der vorgesehen ist, daß bei der jährlichen Arbeiterkonferenz die Regierungen jedes Staates durch 2 Delegierte mit 2 Stimmen vertreten sein sollen.

Groß-Berlin.

Die Stadtverordnetenwahlen und die Kommunisten.

Auf ihrem Vortrage am 30. Dezember, auf dem die Kommunisten sich als selbständige Partei konstituierten, wurde auch die Stellung zur Nationalversammlung festgestellt und gegen den Widerspruch Liebknechts und Rosa Luxemburgs „Wahlenthaltung“ beschlossen. Nicht alle Anhänger der kommunistischen Partei sind dieser Vorlesung gefolgt; eine ganze Anzahl hat eingesehen, daß die Abstinenz im politischen Leben ganz verfehlt ist. Man kann ganz offen aussprechen, daß in den Parlamenten nicht die soziale Frage gelöst wird und daß die Arbeiter auf daran tun, sich immer und überall auf die eigene Kraft zu verlassen, aber falsch ist es, bei den Wahlen zu den politischen Körperschaften heillose zu stehen und der Reaktion das Feld freiwillig zu überlassen. Die Auffassung, daß man den reaktionären Parteien und Richtungen freie Bahn geben soll, nach dem Grundgedanke: Je reaktionärer, desto besser — ist nicht revolutionär, sondern reaktionär. Bewußt wird auch eine sozialistische Mehrheit in der Gemeinde in einer Zeit, wo um uns herum die kapitalistische Wirtschaftform besteht und die Gemeinden finanziell dem Ruin zu verfallen drohen, nicht von heute auf morgen das Glück auf Erden bringen können, aber deshalb darf man doch nicht den Gegnern dauernd die Herrschaft in die Hand spielen. Das könnte dieser Gesellschaft so passen, sie ruhig und ungestört im Besitze ihrer Macht zu lassen. Wir würden ihren Tod als Dank ernten, wenn wir nach dem Rezept der Kommunisten handelten, die als Gegner der Wahlbeteiligung auftreten. Und die Mehrheitssozialisten würden sich obendrein ins Häußchen laden.

Der Wahrheit gemäß wollen wir aber mitteilen, daß nicht alle Kommunisten den Standpunkt der politischen Abstinenz teilen und daß in vielen Gemeinden eine Reihe Mitglieder der kommunistischen Partei mit allem Eifer für die Kommunalwahlen tätig sind. Sie sprachen das auch ganz offen aus.

Wie immer aber die Kommunisten sich zur Gemeindevahl stellen mögen, für unsere Genossen gibt es nur eines:

Mit aller Kraft die kurze Zeit bis zur Wahl zu empfangen und für die Arbeit im Sinne einer entschiedenen sozialistischen Politik zu betreiben und zu diesem Zwecke für die Wahl der Liste der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu wirken.

Die Arbeitsverhältnisse bei der Stadtkasse.

Auch die Pflanzler kommen mit ihren Gehältern nicht mehr aus, und sie haben deshalb Teuerungszulagen in der Höhe von 500 bis 1000 M. gefordert. In ihrer christlichen Nächstenliebe haben sie aber nicht daran gedacht, zugleich auch für das Personal der Stadtkasse eine Verbesserung der jämmerlichen Gehälter zu bewirken. In dem Betriebe der Berliner Stadtkasse (Stadtkasse und Stadtkassenverwaltung) so schreibt man uns, gibt es noch eine ganze Reihe von Arbeitern, Angestellten und Hilfskräften, die um ihr Dasein unter den erbärmlichen Bedingungen ringen müssen. Bitten und Klagen um Verbesserung sind teils weise unberücksichtigt geblieben, aber man hat sie durch die verschiedenen Wochenschriften höher hinauszudringen gewußt. Es gibt eine Reihe von Exzentriker, die als Jahresverdienst noch nicht die einmalige Teuerungszulage der Pflanzler erreichen. Trotz vorhandener reichlicher Arbeit besteht bei dieser Behörde das alte System, den ständigen Arbeitstag zu überschreiten und dadurch Arbeitslosen das Brot zu entziehen. Und das alles trotz der in den letzten Jahren gemachten Mehrereinnahmen, die sich auf erhöhte Personenzahl und deren Mehrereinnahmen zurückführen läßt.

So bleibt da die christliche Nächstenliebe und Moral, einen Standpunkt, den die Kirche zu vertreten, auch heute noch vorgibt.

Die 20-M.-Stadtkassenscheine der Stadt Berlin.

werden bis zum 28. Februar einschließlich aus dem Verkehr gezogen; sie verlieren mit dem 1. März d. J. ihre Gültigkeit und werden an den Stellen eingelöst, die im Anzeigenenteil unserer Zeitung bekanntgegeben werden. Nur echte Scheine werden angenommen.

Die städtische Auflösung der erpfaßten Schulden ist durch die große Verschlechterung unter den Entlassenen gefährdet. Die Entlassenen bilden in der städtischen Auflösung des Baus eine unangenehme Minderzahl, durch die 600 Familien ohne Not dem Arbeitslosenstand preisgegeben werden sind. Die Mitglieder der Stadtkasse können sich des Eindruckes nicht erwehren, daß manchen leitenden Personen die Aufhebung der Lebensmittelpreissteigerungen in den Wintermonaten und der Vollkostenmängel sehr unangenehm geworden sind und daß man die Volkswirtschaft bedürftig, die unangenehme Aufgabe an die Hand zu drücken, anstatt die wirklich Schulden und Schieber zur Rechenschaft zu ziehen. Die Mitglieder der Stadtverwaltung, daß das Ministerium der Innern der Auflösung zugestimmt hat, ohne mit den Vertrauenskräften Rücksprache zu nehmen. Sie fordern noch jetzt mit der Dreierkommission über die unangenehmste Entlassung zu beraten.

Eine Resolution über die freie Jugend Groß-Berlins am Sonntag, den 23. Februar, mittags 1 Uhr, in der Singalodeum im Hofgartengebäude. Eintrittspreis 1 Mark.

Konkurrenz. Aus der Lebensmittelpreissteigerung in der Preiserhöhung verstanden in der letzten Zeit wiederholt Seefische und Meereswaren. Am Dienstag abend ist es nun endlich gelungen, die Läger festzunehmen. Die Waren sollten nach Nikolaissee, wo nur reiche Leute wohnen, verschoben werden.

Spanden. In den städtischen Verkaufsstellen im Rathaus werden keine Gesellen zum Preise von 3 Mark pro Stück verkauft.

Schachspiel. Der freie Schachklub in Kaufhaus befindet sich jetzt Donaustraße 103 bei Götia. Sonntag von 10 Uhr an. Antritt wird an jedermann unentgeltlich erteilt.

Veranstaltungen.

Zur Beachtung! Bei der großen Anzahl der jetzt stattfindenden Versammlungen und in Rücksicht auf den um die Verpflegung lebenden knappen Raum müssen wir davon Abstand nehmen, auch über öffentliche Versammlungen zu berichten. Wir bitten daher die Schriftführer der Organisationen, um solche Berichte gar nicht erst einzusenden und sich die Arbeit damit zu ersparen. Berichte über Mitgliederversammlungen müssen aus den angeführten Gründen kurz gefaßt werden und sich im allgemeinen auf die Wiedergabe von Beschlüssen beschränken. Alle Manuskripte dürfen nur einseitig beschrieben werden.

Erweiterung des Wahlkreises. Am 17. Februar hielt der Wahlkreis der U. S. P. im „Spraygarten“ eine mit besuchter Versammlung ab, in der Genosse Dr. Breilich über „Sozialismus in Stadt und Land“ referierte. Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine rege Diskussion, in welcher die Tätigkeit der bisherigen Gemeindevorsteher stark kritisiert wurde. Nachdem noch mitgeteilt wurde, daß sich 3 Kandidaten bereit erklärt haben, ihr Mandat zurückzugeben, wenn die Mitglieder der U. S. P. es verlangen, kommt die Vorschlagsliste zur Abstimmung. Diese enthält folgende Namen: 1. Max Kreisberg, 2. Emil Lohse, Verwaltungsdirektor, 3. Max Witten, 4. Paul Schlicht, 5. Paul Augustin, 6. Hermann Kersch, 7. Paul Müller, 8. Hermann Kersch, 9. Emil Lohse, 10. Paul Augustin, 11. Otto Kersch, 12. Paul Augustin, 13. Paul Müller, 14. Hermann Kersch, 15. Alfred Schmitt, 16. Otto Neumann, 17. Wilhelm Kersch, 18. Paul Augustin, 19. Paul Augustin, 20. Paul Augustin, 21. Paul Augustin, 22. Paul Augustin, 23. Paul Augustin, 24. Paul Augustin, 25. Paul Augustin.

Aus den Ocean-Läufchen.

Abend. Heute, Donnerstag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, in der Turnhalle, Gedenkgesellschaft: Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer. Tagesordnung: 1. Die Frauen und die Gemeindevahlen. Referent: Genossin Toni Kersch. 2. Die Politik im Reich. Referent: Genosse Kersch. Referent: Genosse Kersch. Preis: 1 Mark.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Kersch, Kaufhaus-Verlag. „Die Freiheit“ G. m. b. H. Berlin. — Druck der „Einheit“ Druckerei und Verlagsanstalt, Berlin, S. 1. Schillingstraße 10.

Spezial-Behandlung
von Geschlechts-, Haut- u. Harnleiden
L. Löser, Münzstr. 9, 9-1, 4-8, Sonntag 9-1

Zeitungsfrauen
Beeckmann 10
Niederstraße 57
Ziegenberg

Spezial-Behandlung
von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen
Dir. Löser senior, Münzstr. 9-1, 4-8, Sonntag 9-1

Spezial-Behandlung
von Geschlechtsleiden bei Männern und Frauen
Dir. Löser senior, Münzstr. 9-1, 4-8, Sonntag 9-1